



# KBV *KOMPAKT*

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 2. Juni 2010

## Aus Berlin

---

### Rösler erntet Kritik für seinen Plan der 30 Euro Pauschale

Geht es nach Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) sollen Medienberichten zufolge die 50 Millionen gesetzlich Krankenversicherten künftig einen zusätzlichen, monatlichen Pauschalbeitrag von 30 Euro zahlen. Geringverdiener sollen einen ermäßigten Beitrag zahlen. Dieser Sozialausgleich soll aber nicht wie ursprünglich vorgesehen über das Steueraufkommen, sondern durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von den Besserverdienenden finanziert werden. Rösler will mit der Prämie Teile des für 2011 prognostizierten Kassendefizits von bis zu elf Milliarden Euro abbauen. Abzusehen ist laut Medienberichten, dass diese Prämie von zunächst 30 Euro im Monat wegen der steigenden Gesundheitskosten langfristig ebenfalls steigt. Das Konzept ist nach Einschätzung von Experten nicht auf die Zustimmung des Bundesrates angewiesen. CSU-Chef Horst Seehofer und seine Parteikollegen hatten sich jüngst gegen Röslers Pläne und gegen höhere Kassenbeiträge ausgesprochen. Der bayerische Gesundheitsminister Markus Söder kritisierte die Kombination aus Beitragserhöhungen und Kopfpauschale: „Damit wird vor allem die Mittelschicht belastet. Das widerspricht dem Grundgedanken einer bürgerlichen Regierung.“ Ähnlich äußerten sich auch Vertreter der Linkspartei und kündigten Proteste gegen das Konzept an. (Agenturmeldungen, 1. und 2. Juni)

### Rösler plädiert für mehr Prävention, will sie aber nicht gesetzlich regeln

Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) hat mehr Vorsorge und Prävention im Gesundheitssystem gefordert. „Wir müssen den Fokus viel mehr darauf richten, Krankheiten zu verhindern“, appellierte Rösler in der Ostsee-Zeitung anlässlich der Eröffnung der 6. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in Rostock. Ein eigenes Präventionsgesetz zur Stärkung der Gesundheitsvorsorge, wie es seine Vorgängerin Ulla Schmidt (SPD) anstrebte, lehnt Rösler aber ab. (Agenturmeldung, 2. Juni)

## Aus KBV und KVen

---

### Köhler: „Veröffentlichung des Spitzenverbandes der GKV verzerrt die Realität“

„Der von den Krankenkassen angestellte Vergleich der Erträge eines niedergelassenen Arztes mit denen eines angestellten Arbeitnehmers ist nicht zulässig und verzerrt die Realität. Ein Arzt mit eigener Praxis ist ein freier Unternehmer mit einem wesentlich größeren wirtschaftlichen Risiko. Dieses Risiko muss der niedergelassene Vertragsarzt nach aktuellen Berechnungen derzeit mit einem Stundenlohn von 19 Euro schultern. Mit einem Großteil seines Umsatzes finanziert er die Praxis und damit die Versorgung der Versicherten.“ Das hat heute der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Andreas Köhler, konstatiert. Er reagierte damit auf die jüngste Veröffentlichung des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) zur Höhe der Arztumsätze. Richtig sei, dass die Vergütung für alle an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzte und Psychotherapeuten in den vergangenen Jahren gestiegen sei. Dies sei aber vor allem geschehen, um der tatsächlichen Morbidität der Versicherten gerecht zu werden. Burkhard Bratzke, Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin, hat

die veröffentlichten Zahlen des GKV-Spitzenverbandes als unzutreffend für die Ärzte in Berlin kritisiert. ([KBV-Pressemittelung, 2. Juni](#), [Pressemittelung der KV Berlin, 27. Mai](#))

### **KV-on: Politik und Service in bewegten Bildern**

Was muss ein Arzt beachten, wenn er für die Urlaubszeit eine Praxisvertretung organisieren möchte? Was wurde auf dem Tag der Niedergelassenen heiß diskutiert? Wie geht es weiter mit der Honorarreform? Antworten auf diese und viele andere Fragen bietet KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) und der KBV. Mit Filmen von zwei bis vier Minuten Länge können sich Ärzte und Psychotherapeuten zu aktuellen und grundsätzlichen Themen aus Praxis und Berufspolitik auf dem Laufenden halten. „Auch eher abstrakte Themen werden so heruntergebrochen, dass sie für den niedergelassenen Arzt oder Psychotherapeuten verständlich und relevant sind und einen konkreten Mehrwert für die Praxis bieten“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. Im wöchentlichen Wechsel nehmen er und sein Vorstandskollege Dr. Carl-Heinz Müller zu einem bestimmten Thema persönlich vor der Kamera Stellung. In Modulfilmen, die die KBV zu bundesweit relevanten Themen vorproduziert, können KVen regionale Aspekte ergänzen, beispielsweise zur Honorarpolitik. Künftig sollen auch die Zuschauer das Programm mitgestalten. So können Ärzte selbst vor der Kamera Fragen stellen, die dann als Thema der Woche bearbeitet werden. Außerdem kann der Nutzer die gezeigten Beiträge bewerten und so zur Qualität des Programms beitragen. ([KBV-Pressemittelung, 1. Juni](#))

### **KV Berlin kritisiert Gewerbesteuer für Ärzte**

Als nicht ernst gemeint und verfassungswidrig hat die Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin, Dr. Angelika Prehn, den Vorschlag des ver.di-Chefs Frank Bsirske kritisiert, eine Gewerbesteuer für Ärzte einzuführen. „Wenn Herr Bsirske seine Forderung damit begründet, dass Ärzte teilweise höhere Einnahmen als mittelständische Unternehmen hätten, dann ist ihm die Realität in vielen Arztpraxen unbekannt“, sagte sie. „Das Bild vom Golf spielenden, Porsche fahrenden Arzt ist nicht die Regel, sondern ein Klischee. Vielmehr müssen wir jungen Mediziner Anreize geben, eine Praxis neu zu eröffnen oder zu übernehmen, damit sie nicht in die Industrie oder ins Ausland abwandern“, so Prehn weiter. ([Pressemittelung der KV Berlin, 26. Mai](#))

### **KV Baden-Württemberg begrüßt Initiative des Landkreistages zur ärztlichen Versorgung**

„Das 10-Punkte-Papier des Landkreistages deckt sich weitgehend mit den Maßnahmen und Forderungen, die aus Sicht der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Baden-Württemberg für die Zukunft der wohnortnahen ambulanten ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung erforderlich sind.“ So hat Dr. Gisela Dahl, Vorstand der KV Baden-Württemberg, die Initiative des Landestages zur ärztlichen Versorgung begrüßt. Da in derzeitigen Bedarfsplanung eine Abbildung der regionalen Verteilungsunterschiede sowie die demografischen und Morbiditätsbesonderheiten der Bevölkerung fehlen, forderte Dahl eine entsprechende vor Ort Situationsanalyse. Die Unterstützung des Landkreistages suchte sie auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Vertragsärzte und -psychotherapeuten. „Das betrifft zum einen eine bessere Honorierung, aber auch Bereiche wie Erleichterungen in der Bürokratie oder eine Verringerung der Notfalldienstbelastungen.“, sagte Dahl. Durch Teilzeitbeschäftigungen und die Etablierung von überörtlichen Ärztkooperationen will sie die Niederlassung für Ärzte im ländlichen Raum wieder attraktiv machen. ([Pressemittelung der KV Baden-Württemberg, 26. Mai](#))

### **Auszeichnung für KV Brandenburg und AOK**

Die Arbeitsgemeinschaft "Innovative Gesundheitsversorgung in Brandenburg" (IGiB) der AOK Berlin-Brandenburg und der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Brandenburg hat den ersten Platz in der Kategorie „Innovation“ des Dienst-für-Gesellschaft-Awards (dfg award) bekommen. Ausgezeichnet wurde damit die Umsetzung und Idee einer bundesweit einzigartigen Partnerschaft von Leistungsanbietern und Kostenträgern. „Die IGiB will dazu beitragen, in ländlichen Regionen neue Strukturen der medizinischen Versorgung zu entwickeln und zu etablieren, um Betreuungsmöglichkeiten der ambulanten Praxen und der Krankenhäuser nahtlos zu nutzen. Die Anerkennung durch den dfg award erfüllt uns deshalb mit Stolz“, sagte Dr. Hans-Joachim Helming, Vorstandsvorsitzender der KV Brandenburg. Mit dem dfg award werden herausragende Leistungen

von Unternehmern, Körperschaften, Verbänden und sonstiger Einrichtungen des Gesundheitswesens ausgezeichnet. ([Pressemitteilung der KV Brandenburg, 27. Mai](#))

### **Elternzeit für Vertragsärzte in Bremen**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bremen hat eine in Deutschland bisher einmalige Regelung zur Elternzeit für Vertragsärzte und -psychotherapeuten eingeführt. Dadurch können sich diese über einen Zeitraum von drei Jahren von einem Kollegen vertreten lassen, um sich der Betreuung des Kindes zu widmen. Bisher war eine solche Vertretung in der Regel nur für sechs Monate möglich. „Das ist unser kleiner Beitrag, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erhöhen und eine Niederlassung für Ärztinnen und Ärzte mit Kinderwunsch attraktiver zu machen“, begründet Günter Scherer, stellvertretender Vorsitzender der KV Bremen. ([Pressemitteilung der KV Bremen, 28. Mai](#))

### **Reaktionen auf AOK-Arztnavigator**

Durch die Einrichtung des Arztnavigators können die über 24 Millionen AOK-Versicherten ihren niedergelassenen Arzt im Internet benoten. Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der KBV, begrüßte die Einrichtung des Portals: „Eine faire Bewertung von Ärzten durch Patienten ist sinnvoll. Sie unterstreicht und fördert eine durch gegenseitiges Vertrauen geprägte Beziehung.“ Allerdings sollte die Aufnahme in das Portal für die Mediziner freiwillig sein, betonte Müller. „Den ‚besten Arzt‘ werden Sie in diesem Portal nicht finden“, konstatierte Dr. Michael Späth, Vorsitzender der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Hamburg. Denn der Erfolg einer medizinischen Behandlung sei im Wesentlichen von der Interaktion zwischen Arzt und Patient abhängig, so Späth weiter. Ergänzend wies Dieter Bollmann, der Vorsitzende der KV Hamburg, auf das Ärztesuchportal unter [www.kvhh.de](http://www.kvhh.de) hin, das Fakten über die Qualifikationen und Spezialisierungen der Ärzte und Psychotherapeuten enthalte. ([Pressemitteilung der KV Hamburg, 28. Mai](#), Frankfurter Rundschau, 29. Mai)

### **KV Westfalen-Lippe fordert andere Verteilungsregeln bei Ärztehonoren**

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe, Dr. Ulrich Thamer, hat mit einer Protestbewegung gedroht. Grund dafür sind die am 1. Juli 2010 in Kraft tretenden Änderungen in der Honorarsystematik. Nach Berechnungen seiner KV würde die Stabilisierung der Regelleistungsvolumen (RLV), die die Grundversorger stärken soll, nichts an der Unterfinanzierung der ambulanten Versorgung in Westfalen-Lippe ändern. Thamer zufolge müssten einige Fachgruppen Verluste bis zu elf Prozent erleiden, wenn die KV sie nicht abfedern würde. Schuld an den Ergebnissen sei, dass die neue Systematik auf historischen Abrechnungsergebnissen basiere. Der Behandlungsbedarf der Versicherten sei in Westfalen-Lippe wesentlich geringer als anderswo. Der KV-Chef forderte deshalb eine Gesetzesänderung. Die Lösungsversuche der Selbstverwaltung auf Bundesebene sind seiner Meinung nach zu langfristig. Vertreter aus KBV und Krankenkassen hatten sich im März darauf geeinigt, den Finanzfluss in der Honorarberechnung umzukehren. Aus der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung (MGV) wird zunächst die Finanzierung der RLV sichergestellt und danach erst die Vergütung für bislang „freie Leistungen“ berechnet. Zur Steuerung dieser Leistungen, die wie bisher ebenfalls aus der MGV honoriert werden, werden qualifikationsgebundene Zusatzvolumen eingeführt. ([Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 28. Mai](#), [Informationen der KBV zu Änderungen der Honorarverteilung zum 1. Juli 2010](#))

### **Lübeck verliert rund 1.500 Studienplätze im Fachgebiet Medizin**

Nach Plänen der Landesregierung Schleswig-Holstein soll der Studiengang Medizin an der Universität Lübeck zum Wintersemester 2011/2012 abgesetzt werden. „Das Aus für das Medizinstudium in Lübeck ist in Zeiten des drohenden Ärztemangels das völlig falsche Signal“, kritisiert Dr. Ingeborg Kreuz, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Schleswig-Holstein, das Vorhaben. Kreuz appelliert für mehr Medizinstudenten, damit Lücken in der Patientenversorgung flächendeckend geschlossen werden können. ([Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 27. Mai](#))

### **KV Hamburg und Ärztekammer wollen Patientenberatung nicht aus der Hand geben**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hamburg und die Ärztekammer Hamburg haben sich in einem Brief an die Bundestagabgeordneten der Hansestadt und die gesundheitspolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktionen gewandt. Darin wiesen sie auf das kostenlose Beratungsangebot der gemeinsamen Patientenberatung hin und forderten mehr Unterstützung durch die Hamburger Politiker. Anlass ist der Plan der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der Politiker verschiedener Parteien, das Modellvorhaben „Verbraucher- und Patientenberatung“ in die Regelversorgung der Krankenkassen zu überführen. Dafür soll es eine Ausschreibung geben, auf die sich neben der Patientenberatung der KV und der Ärztekammer in Hamburg auch andere Träger bewerben können. „Derzeit wird das Angebot komplett durch die Ärztekammer und die KV Hamburg, also durch die Hamburger Ärztinnen und Ärzte getragen. Wir erfüllen damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, betonte der Ärztekammerpräsident, Dr. Frank Ulrich Montgomery. ([Gemeinsame Pressemitteilung der KV Hamburg und der Ärztekammer Hamburg, 31. Mai](#))

## **Aus den Verbänden**

---

### **BÄK-Vize fordert bessere Arbeitsbedingungen für Klinikärzte**

„Wir wollen faire Tarifverhandlungen und keine Verträge nach Gutsherrenart. Wir wollen in Anstand verhandeln, aber nicht über unanständige Angebote“, sagte der Vize-Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery, anlässlich einer Großdemonstration des Marburger Bundes mit streikenden Krankenhausärzten in Köln. Die Arbeitgeber hätten noch nicht einmal alle Vereinbarungen des alten Tarifvertrages umgesetzt, wie Überstundenbezahlung und elektronische Zeiterfassung. Im Gegenteil, sie stellten sogar neue Vorbedingungen für die Verhandlungen, protestierte Montgomery. „Wir werden für uns selbst sprechen und lassen uns nicht von anderen bevormunden“, betonte er. ([Pressemitteilung der BÄK, 2. Juni](#))

### **Hartmannbund ermöglicht frühe Praxishospitationen**

Medizinstudenten haben während ihrer Ausbildung wenig Kontakt zu niedergelassenen Ärzten, bemängelt der Hartmannbund. Der abnehmenden Bereitschaft junger Kollegen zur Niederlassung und der schwierigen Suche nach Praxisnachfolgern versucht der Ärzteverband mit einer neuen Initiative entgegenzuwirken: Mittels Praxishospitationen auf freiwilliger und unverbindlicher Basis sollen die Studenten und Assistenzärzte einen authentischen Einblick in den Praxisalltag bekommen. Viele Niedergelassene haben bereits ihre Teilnahme zugesagt und öffnen ihre Praxen für die Nachwuchsmediziner. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 28. Mai](#))

## **Aus der Welt**

---

### **Gerichtsurteil: Staatliche Regulierung des Apothekenmarktes in der EU erlaubt**

Die Mitgliedsländer der EU dürfen in den Apothekenmarkt eingreifen, um eine sichere und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg bestätigt. Auslöser für den Streit war, dass in Spanien zwei Apotheker gegen die staatlichen Wettbewerbsregeln neue Apotheken eröffnen wollten. Mit seinem Urteil bestätigte der EuGH, dass die spanischen Zulassungsbegrenzungen in die EU-weite Niederlassungsfreiheit eingreifen dürfen. Die deutschen Zulassungsbeschränkungen hatte der EuGH bereits vor einem Jahr gebilligt. In Deutschland gilt das sogenannte Fremdbesitzverbot und Mehrbesitzverbot: Jede Apotheke muss unter der Leitung eines approbierten Apothekers stehen. Dieser darf maximal vier Niederlassungen betreiben. ([Deutsches Ärzteblatt, 1. Juni](#))

## Außerdem

---

### Telemedizin-Projekt in Brandenburg ausgezeichnet

Die Teltower Medizintechnikfirma Getemed gehört zusammen mit dem Brandenburg-Klinikum zu den „RegioStars“-Preisträgern 2010. EU-Kommissar Johannes Hahn, zuständig für Regionalpolitik, zeichnete in Brüssel sechs Sieger aus europäischen Regionen aus, die mit Unterstützung aus dem EU-Fonds für regionale Entwicklung oder dem EU-Kohäsionsfonds innovative Projekte realisiert hatten. Das Krankenhaus in der Stadt Brandenburg und Getemed haben ein Telemonitoring-Projekt entwickelt, das Patienten mit chronischer Herzschwäche hilft. Es geht dabei um die Überwachung und Behandlung von Herzinfarktpatienten außerhalb des klinischen Umfelds. Dabei werden täglich mittels eines Telemonitoring-Geräts Daten wie Blutdruck, Gewicht, Herz- und Atemfrequenz sowie Sauerstoffgehalt des Blutes ermittelt und mobil über das Handy an ein telemedizinisches Zentrum weitergegeben. Wenn es dem Patienten schlechter geht, kann der Hausarzt dies aufgrund der übermittelten Daten sofort sehen und handeln. Mehr als 200 Patienten profitieren von dem Projekt. Sie konnten in den meisten Fällen zu Hause weiter behandelt werden und mussten sich nicht in die Klinik begeben. Von dem Gesamtbudget (242.000 Euro) für das Projekt hat die EU mehr als ein Drittel übernommen. ([Pressemitteilung der EU-Kommission, 27. Mai](#))

### KOMPAKT- Zahl der Woche: 51

Mehr als die Hälfte der Deutschen, nämlich 51 Prozent, sind übergewichtig. 60 Prozent der Männer und 43 Prozent der Frauen haben einen zur Bestimmung von Übergewicht verwendeten Bodymaß-Index von über 25. Im Vergleich zum Jahr 1999 ist der Anteil gestiegen. Damals waren noch 56 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen betroffen. Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet und steigt mit zunehmendem Alter. Untergewicht, das heißt ein Body-Mass-Index von weniger als 18,5, haben drei Prozent der Frauen und ein Prozent der Männer. ([Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, 2. Juni](#))

## Aus dem Terminkalender

---

- |          |   |
|----------|---|
| 07.06.10 | <a href="#">Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa</a><br>Berlin, 18-20 Uhr |
| 09.06.10 | Vertreterversammlung der KV Schleswig-Holstein<br>Bad Segeberg, 15.30Uhr                  |
| 11.06.10 | Vertreterversammlung der KV Brandenburg<br>Potsdam, 15 Uhr                                |
| 14.06.10 | <a href="#">Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa</a><br>Berlin, 18-20 Uhr |
| 15.06.10 | Vertreterversammlung der KV Bremen<br>Bremen, 19.30 Uhr                                   |

- 16.06.10 [Moderne Investitionsförderung für Arztpraxen](#)  
Weimar, 15-17 Uhr
- 16.06.10 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz  
Mainz, 15.30 Uhr
- 17.06.10 Vertreterversammlung der KV Hamburg  
Hamburg, 20 Uhr
- 24.06.10 Vertreterversammlung der KV Berlin  
Berlin, 20 Uhr
- 21.06.10 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)  
Berlin, 18-20 Uhr
- 25.–26.06.10 [4. Norddeutsche Fortbildungstage für Ärztinnen und Ärzte](#)  
Hamburg
- 28.06.10 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)  
Berlin, 18-20 Uhr

## Aus der Presse

---

### **KBV-Vorstand Müller: „AOK-Arztnavigator unterstützt faire Bewertung.“**

Die 24 Millionen Versicherten der AOK können ab sofort ihren niedergelassenen Arzt im Internet benoten. Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der KBV, begrüßte die Einrichtung des Portals: „Eine faire Bewertung von Ärzten durch Patienten ist sinnvoll. Sie unterstreicht und fördert eine durch gegenseitiges Vertrauen geprägte Beziehung.“ Allerdings sollte die Aufnahme in das Portal für die Mediziner freiwillig sein, betonte Müller.

Der Onlinefragebogen, mit dem jeder AOK-Versicherte pro Arzt eine Bewertung abgeben kann, umfasst 30 Fragen zu Praxis und Personal, Arztkommunikation, Behandlung und Gesamteindruck. Dem Vizepräsidenten der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, zufolge zeichnet sich der Arztnavigator dadurch aus, dass er 37 von 40 Kriterien erfüllt, die das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin für Arztbewertungsportale aufgestellt hat. „Es gibt keine Freitextbewertungen, die Frageformen sind eher positiv und sie verleiten die Patienten nicht dazu, ihren Frust abzuladen“, erklärte Montgomery. Erste Ergebnisse will die Krankenkasse im Herbst veröffentlichen. Das Portal startet in Hamburg und Berlin, später auch in Thüringen. Eine Bewertung von Zahnärzten und Psychotherapeuten ist nicht möglich. (Frankfurter Rundschau, 29. Mai)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2207

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: [fknoeppke@kbv.de](mailto:fknoeppke@kbv.de), [imohr@kbv.de](mailto:imohr@kbv.de), [agromes@kbv.de](mailto:agromes@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>